

ANTIZIGANISMUS

Zirkus vertrieben

Ende September wollte der Familienzirkus Happy für einige Tage im uckermärkischen Milmersdorf Station machen. Dazu kam es nicht. Kaum hatte der Zirkus seine Zelte in der Nähe eines Wohnblocks aufgebaut, beschimpften rund zwanzig Jugendliche und Erwachsene die Kinder der Artistenfamilie. Rufe wie »Zigeunerpack!« oder »Wir fackeln euch die Zelte ab!« waren zu hören. Auslöser: Man störte sich am Elektrozaun für die Zirkustiere.

Über Stunden sahen sich die Kinder der aufgebrauchten Menge ausgesetzt. Steine prasselten gegen die Zirkusfahrzeuge. Völlig verängstigt zogen sie sich in ein Wohnmobil zurück. Von hier aus informierten sie ihre Eltern, die in Berlin Erledigungen machten. Die von Vater und Mutter verständigte Polizei konnte die Lage nur mit Mühe unter Kontrolle bringen. Der Zirkusfamilie blieb nur der Rückzug: Noch in der Nacht wurden die Sachen gepackt. Unter Polizeischutz flüchtete die Familie aus dem Ort.

Zwar hatten sich einige Dorfbewohner solidarisiert, für die Familie steht gleichwohl fest: »Nie wieder Milmersdorf.«

Siehe Seite 3: Albtraum in der Uckermark

Falsches Signal



Vergehen Jahre zwischen Tat und Gerichtsverfahren hat das fatale Folgen. Foto: Jan von Bröckel/ pixelio.de

Im Mai 2005 wurde der Jugendklub Fragezeichen in Cottbus von rund 20 Neonazis angegriffen. Zwei der Täter müssen sich momentan – fünf Jahre nach der Tat – vor dem Landgericht Cottbus verantworten. Nach zweieinhalb Jahren fand Anfang 2010 das Gerichtsverfahren wegen einer Attacke auf eine Berliner Paddelgruppe im Spreewald am Herrentag 2007 statt. Und auch der Überfall von Rechten auf eine Geburtstagsfeier im Mai 2008 in Potsdam kommt erst dieser Tage vor Gericht. Immer wieder dauert es Jahre, bis rechte Schläger sich für ihre Taten vor Gericht verantworten müssen. Dabei

betonen alle Verantwortlichen, rechte Gewalttaten müssten zügig und konsequent geahndet werden.

Um Wirkung bei den Tätern zu erzielen, um die Betroffenen zu unterstützen und zu schützen, müssen Gerichtsverfahren zeitnah nach der Tat stattfinden. Sonst wird das Urteil von den Prozessbeteiligten nicht mehr als Reaktion auf geschehenes Unrecht wahrgenommen. Will man rechter Gewalt ernsthaft entgegengetreten, ist eine Beschleunigung der Strafverfahren nicht nur im Sinne des Opferschutzes dringend geboten.

Opferperspektive e.V.

INHALT

THEMA

Lange Gerichtsverfahren und ihre Folgen

ANTIZIGANISMUS

Albtraum in der Uckermark

ANTIDISKRIMINIERUNG

Konsequente Weiterentwicklung

MONITOR

Rechte Gewalt in Brandenburg

ERINNERUNG

Vor 20 Jahren starb Amadeu Antonio

OPFERPERSPEKTIVE

Neue Form der Gewaltprävention

Die Opferperspektive bietet seit über zehn Jahren Opfern rechter Gewalt in Brandenburg Beratung und Begleitung an. Seitdem hat der Verein einiges bewegt: Dass den Opfern rechter Gewalt Hilfe und Unterstützung zustehen, ist heute weitestgehend unumstritten. Anerkannt ist auch, dass jene Gruppen gestärkt und unterstützt werden müssen, die als gesellschaftliche Minderheiten Diskriminierung und Gewalt

erfahren. Um hier noch mehr leisten zu können, berät der Verein seit Kurzem auch Betroffene von rassistischer Diskriminierung. Mit diesem zusätzlichen Projekt kann eine Lücke in unserer bisherigen Arbeit geschlossen werden. Denn: Der Diskriminierung dieser Menschen entgegenzutreten, trägt dazu bei, rassistische Gewalt zu verhindern. Siehe Seite 3: Konsequente Weiterentwicklung

»Da passiert doch ehe nichts mehr«



Prozessverschleppung: Oft verlieren Opfer den Glauben an das Rechtssystem. Foto: Opferperspektive

Immer wieder kommen rechte Schläger selbst nach massiven Gewalttaten unbestraft davon. So etwa am 15. Juli 2010 vor dem Amtsgericht Cottbus. Angeklagt waren vier Männer wegen Körperverletzung und der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen. Die Tat lag zu diesem Zeitpunkt fast auf den Tag genau drei Jahre zurück.

Die Rechten waren am 19. Juli 2007 in den frühen Morgenstunden auf das Gelände des alternativen Jugendtreffs Park 7 eingedrungen. Hier sperrten sie zwei Jugendliche über Stunden ein, bedrohten sie und schlugen einem ins Gesicht. Verurteilt wurde nur einer der vier Angreifer. Strafrechtlich relevante Handlungen waren den restlichen Angeklagten nicht mehr nachzuweisen.

Das Beispiel zeigt: Vergehen Jahre zwischen Tat und Gerichtsverfahren, hat dies Konsequenzen auf den Strafprozess selbst. Zeugen können sich an das Tatgeschehen nicht mehr genau erinnern. Aussagen sind schwammig oder widersprüchlich. Fehlende Beweismittel können nicht mehr beschafft werden. Unter diesen Umständen ist ein Tatnachweis vielfach nicht möglich. Die Folge: milde Urteile, Einstellungen der Verfahren oder Freisprüche aus Mangel an Beweisen.

Aus unserer Praxis wissen wir: Der Gerichtsprozess hat für viele Geschädigte eine große Bedeutung. Solange das Gerichtsverfahren nicht abgeschlossen ist, können sie mit dem Erlebten nicht abschließen. Warum die Täter nicht für

ihr Handeln bestraft werden, ist für sie nicht nachvollziehbar. Oft genug verlieren Betroffene deshalb den Glauben an das Rechtssystem und zweifeln am Sinn von Anzeigen. Sie fühlen sich als Betroffene nicht Ernst genommen und im schlimmsten Fall den Tätern weiter ausgeliefert.

Rechte Gewalttaten stehen oftmals im Blick der Öffentlichkeit. Im Einzelfall erlangen sie große Aufmerksamkeit. Im besten Fall solidarisieren sich Menschen mit den Opfern und es findet eine öffentliche Auseinandersetzung mit den lokalen rechten Strukturen statt. Wird die Tat nicht in einem angemessenen Zeitraum aufgeklärt, schwinden die Aufmerksamkeit und das Interesse bei Unterstützern, den Medien und dem Umfeld der Geschädigten. Kommt es erst Jahre später zum Prozess, finden sich Geschädigte und Zeugen bei Gericht den Tätern oft alleine gegenüber. Ohne Unterstützung durch Freunde und Bekannte, nur in Begleitung der Opferperspektive und Anwälten.

Sicherlich gibt es viele Gründe, warum sich ein Prozess verzögern kann. Gerichte sind überlastet, die Ermittlungen kompliziert, Staatsanwaltschaften überfordert. Es darf aber nicht vergessen werden: Schleppende Ermittlungen, eingestellte Verfahren, jahrelange Verfahrensdauer wirken auf die Täter ermutigend. Dies zu ändern, ist unerlässlich – nicht zuletzt im Sinne der Opfer.

Fünf Jahre und kein Ende

Vor über fünf Jahren, am 14. Mai 2005, überfielen Neonazis den Jugendklub Fragezeichen in Cottbus. Bis heute ist die juristische Aufarbeitung dieses Angriffs nicht abgeschlossen.

Damals sollte in dem Jugendklub eine Informationsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus und ein Konzert stattfinden. Doch dazu kam es nicht. Noch vor Veranstaltungsbeginn stürmten Rechte den Klub. Sie schlugen und traten auf Anwesende ein und zerstörten Mobiliar, eine Musikanlage und Instrumente.

Im Januar 2007 erhob die Staatsan-

waltschaft Anklage gegen zwölf mutmaßliche Angreifer. Ein Jahr später begann ein erster Prozess gegen zwei Rechte. Das Landgericht Cottbus verurteilte sie zu Haftstrafen. Im Januar 2009 wurde das Verfahren gegen drei weitere Angreifer eröffnet. Weil die Vorsitzende Richterin erkrankte, platzte der Prozess kurz vor der Urteilsverkündung.

Neun Monate später begann ein zweiter Anlauf. Aufgrund der langen Verfahrensdauer schlug der Vorsitzende Richter allerdings vor, das Verfahren bei einer geständigen Einlassung sowie Schmerzensgeldzahlung einzustellen.

Zudem sollten die Kosten der anwaltlichen Vertretung der Geschädigten teilweise übernommen werden. Dazu waren die Angeklagten jedoch nicht bereit. Nun wird gegen zwei Täter weiter verhandelt. Das Verfahren gegen den dritten Angeklagten wurde abgetrennt. Das brutale und geplante Vorgehen der Täter erschütterte nach dem Überfall viele Menschen in Cottbus. Eine Einstellung wäre ein falsches Signal gewesen – an die Geschädigte, an die Täter, aber auch an alternative Jugendliche und Migranten, die noch heute rechte Angriffe fürchten.

Albtraum in der Uckermark

Der 24. September 2010 wird der Familie wohl für immer in Erinnerung bleiben. Bewohner des Dorfes Milmersdorf fühlten sich durch die Artistenfamilie belästigt. Die Situation eskalierte. Steine wurden geworfen, mehrere Fahrzeuge und Wohnwagen beschädigt, die vier minderjährigen Kinder der Zirkusfamilie bedroht und beschimpft.

Familienmutter Jenefer Sperlich schildert, wie stark gerade die Kinder vom gewalttätigen Verhalten der Anwohner mitgenommen sind. Als »Zigeuner« bezeichnet und beleidigt zu werden, sei man gewohnt: »Oft verstehen wir uns gut mit den Leuten in den Gastspielorten. Aber bei vielleicht jedem dritten Gastspiel gibt es auch Beschimpfungen«, so die 37-Jährige. Was in Milmersdorf geschehen sei, habe die Familie aber noch nie erlebt.

Um zur Ruhe zu kommen, brach die Familie die Schausaison vorzeitig ab. Mit finanzieller Unterstützung des Opferfonds Cura der Amadeu Antonio Stiftung hat die Opferperspektive konkrete Unterstützung organisiert: Um die durch die Steinwürfe entstandenen Schäden an den Wohnwägen vor Gericht nachweisen zu können, wurde ein Gutachten erstellt.

Inzwischen haben sich Vertreter der Gemeinde Milmersdorf und des zuständigen Amtes Gerswalde auf die Seite der Familie gestellt. In einer Erklärung verurteilten sie die Vertreibung des Zirkus. Allerdings wird auch bemängelt, dass vorgeblich »nach außen der Anschein erweckt wird, alle Einwohner der Gemeinde wären negativ gegenüber Besuchern, Gästen oder auch Schaustellern eingestellt«. Auch einige der



»Nie wieder Milmersdorf«, Foto: Opferperspektive

Angreifer meldeten sich zu Wort. In dem Internetbeitrag schildern sie ihre Sicht der Dinge. Die Beschimpfungen gegen »Zigeuner« und die Steinwürfe sucht man darin allerdings vergeblich.

Konsequente Weiterentwicklung

Seit über zehn Jahren beraten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Vereins Opfer rechter Gewalt in Brandenburg. Versetzten wir uns zurück in die Anfangsjahre: Der Druck der Straße, die alltägliche Gewalt, die Neonazis ausübten, war immens. Es verging kein Wochenende, an dem nicht ein linker Jugendklub angegriffen oder ein Schwarzer zusammengeschlagen wurde. Erst nach langwierigen und schwierigen Auseinandersetzungen wurde vonseiten des Landes anerkannt, dass eine spezifische Form der Beratung von Opfern rechter Gewalt dringend geboten und notwendig ist.

Die Betroffenen professionell und schnell zu unterstützen und den Tätern deutlich zu machen, dass sie mit ihren Angriffen Grenzen überschreiten, das sind die zentralen Ziele, für die die Opferperspektive steht. Mit diesem Ansatz hat der Verein nie alleine gewirkt, sondern immer im Zusammenwirken mit anderen Initiativen und Projekten gegen Rechts. Diese Gruppen, Initiativen und Projekte haben sich in den

vergangenen Jahren weiterentwickelt und ausdifferenziert. Auch die Opferperspektive hat ihr Angebot verfeinert und professionalisiert.

Nach wie vor ist der Kampf gegen die rechten Schläger auf den Straßen nicht gewonnen. Nach wie vor besteht in Brandenburg die Gefahr wegen der Hautfarbe, wegen des Aussehens oder der kulturellen Zuordnung angegriffen zu werden. Allerdings: In einigen Landesteilen hat eine gewisse Entspannung der Lage eingesetzt. Die Selbstverständlichkeit, mit denen die Rechten glauben, zuschlagen zu können, scheint hier ins Wanken zu geraten.

Zwar kann keine Entwarnung gegeben werden, doch für die Opferperspektive ist es Zeit, einen Schritt weiterzugehen. Nach Jahren der nahezu atemlosen Arbeit mit Opfern rechter Gewalt beraten wir seit September 2009 in einem zusätzlichen Projekt auch Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind. Sie haben zwar keine Gewalt erfahren, werden jedoch durch Mitmenschen, Organisationen oder den

Staat aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt.

In dieses neue Projekt fließen nicht nur unsere jahrelangen Erfahrungen mit Gewaltopfern ein. Es gibt auch eine beachtliche Schnittmenge zu unserer Arbeit: Viele der Menschen, die wir beraten, weil sie aus rassistischen Gründen angegriffen wurden, erzählen von anderen Formen der Diskriminierung. Früher konnten wir in solchen Fällen wenig tun, weil entsprechende Beratungsstellen in Brandenburg kaum vorhanden waren. Heute können wir sie durch unser zusätzliches Angebot unterstützen. Wenn der Verein jetzt eine aufsuchende Beratung für Betroffene rassistischer Diskriminierung anbietet, so ist das die konsequente Weiterentwicklung des bisherigen Ansatzes der Opferperspektive.

Der Verein Opferperspektive verändert sich. Klar ist: Indem wir das Neue tun, werden wir das Alte nicht lassen: Weiterhin finden Opfer rechter Gewalt in der Opferperspektive einen zuverlässigen Ansprechpartner in Brandenburg.

In eigener Sache

Der Verein Opferperspektive wird wahrscheinlich auch im Jahr 2011 eine flächendeckende Beratung für Opfer rechter Gewalt in Brandenburg anbieten können. Die Mittel dafür stammen zum überwiegenden Teil aus dem Landesprogramm »Tolerantes Brandenburg« und aus Bundesmitteln des Programms »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«. Dazu kommen Bußgelder und Spenden, mit denen die Personal- und Sachkosten ergänzt und Opfer direkt unterstützt werden können. Im kommenden

Jahr ebenfalls weitergeführt werden kann das zusätzliche Projekt der aufsuchenden Beratung von Betroffenen rassistischer Diskriminierung. Die Mittel hierfür stammen größtenteils von der Integrationsbeauftragten des Landes. Aber auch Stiftungs-, Buß- und Spendengelder fließen in das Projekt. Für die Aufrechterhaltung und den Ausbau unserer Aktivitäten und Unterstützungsleistungen sind wir weiterhin auf Ihre Spenden angewiesen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir anderen helfen.

In eigener Sache II

Allerdings: Die Förderung durch Bundesmittel steht unter einem Vorbehalt. Wir sollen bestätigen, dass wir »eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten« und erklären, »auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen«, dass Organisationen und Referenten, mit denen wir kooperieren, »sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten«. Dass unser Eintreten gegen Rechtsextremismus auf den

Werten der Demokratie und der Menschenrechte fußt, steht außer Frage. Die politische Einstellung unserer Kooperationspartner zu überprüfen, stellt sie jedoch unter einen Generalverdacht, verlangt von uns Gesinnungsschnüffelei und untergräbt vor allem das für unsere Arbeit notwendige Vertrauensverhältnis. Eine Schwächung der Projekte und Initiative gegen Rechts wäre die Folge. Das kann niemand wollen!

Rechte Gewalt in Brandenburg

Die erfreuliche Entwicklung der letzten Jahre scheint sich fortzusetzen: Seit 2008 gehen in Brandenburg rechts motivierte Gewalttaten zurück. Zählte die Opferperspektive 2008 110 rechte Angriffe, waren es 2009 101. Für die letzten zwölf Monate zeichnet sich ab, dass sich die rechte Gewalt in Brandenburg erneut auf dem Niveau des Vorjahrs bewegen wird. Von einer grundsätzlichen Entspannung der Situation kann jedoch nicht gesprochen werden: Neonazistische Gruppen setzen vor allem im Südosten Brandenburgs zunehmend auf Gewalt, um sich in der Region zu etablieren. Alleine in der Lausitz ist die Zahl rechtsmotivierter Angriffe auf alternative und linke Jugendliche in den letzten Monaten dramatisch gestiegen.



Neonazis propagieren offen Gewalt gegen Linke

Vor 20 Jahren starb Amadeu Antonio



Gedenkundgebung am 6. Dezember 2010 in Eberswalde, Foto: Opferperspektive

Am 6. Dezember 2010 jährte sich zum zwanzigsten Mal der Todestag von Amadeu Antonio. Eine Zeitung der Opferperspektive, die als Beilage der Märkischen Oderzeitung im Barnim erschien, erinnert an die Ereignisse vor 20 Jahren und wirft Fragen nach dem Gedenken an Opfer rechter Gewalt auf. Amadeu Antonio wurde am 25. November 1990 von rechten Jugendlichen so schwer verletzt, dass er am 6. Dezember verstarb. In der damals erst wenige Wochen alten wiedervereinten Bundesrepublik war Amadeu Antonio eines der ersten Todesopfer rechter Gewalt, über das öffentlich gesprochen wurde. Die vierseitige Zeitungsbeilage ist auf der Webseite des Vereins abrufbar.

Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Martin Beck
Lektorat: Vanessa Lux
Satz: Sabine Steinhof

Spendenkonto: 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 10020500

